

Pressemitteilung, 11. Juni 2012

„Schulfrei für die Bundeswehr“ – Grüne Jugend bezieht Position gegen CDU-Fraktion

Anlässlich der Anfrage „Zutrittsverbot für Jugendoffiziere an Schulen?“ der CDU-Fraktion an die baden-württembergische Landesregierung, bekräftigt die Grüne Jugend Baden-Württemberg ihre Forderung nach der Aufkündigung der Kooperationsvereinbarung zwischen Bundeswehr und Schulen und fordert in der Konsequenz, den Besuch der sogenannten „Jugendoffiziere“ im Unterricht zu verbieten.

„Die bisher stattfindende Kooperation zwischen der Bundeswehr und den Schulen muss beendet werden“, meint Jessica Messinger, Landessprecherin der GRÜNEN JUGEND Baden-Württemberg. „Eine differenzierte Auseinandersetzung mit der Rolle der Bundeswehr kann nicht stattfinden, solange die sogenannten Jugendoffiziere mit dem Ziel in die Schulen kommen, Jugendliche für die Arbeit beim Militär zu begeistern und für den Dienst dort zu rekrutieren. Kein Werben fürs Sterben muss hier die Devise sein!“

„Unserer Meinung nach gehört es zur Aufgabe der Schulen, im Rahmen des Gemeinschaftskundeunterrichts über zivile Konfliktlösungsmöglichkeiten zu sprechen“, stellt Marcel Emmerich, Landessprecher der GRÜNEN JUGEND Baden-Württemberg klar. „Den Schülerinnen und Schülern ist es nicht immer möglich, die von den Jungoffizieren erschaffene Traumwelt kritisch zu hinterfragen. Für diese sind die Offiziere Autoritätspersonen, deren Äußerungen und Ansichten bei solchen einseitigen Veranstaltungen nicht in Frage gestellt werden. Wir wollen nicht, dass Schülerinnen und Schülern erzählt wird, sie müssten Deutschland am Hindukusch verteidigen! Vorallem dann nicht, wenn die Auslandseinsätze der Bundeswehr im Rahmen von NATO- und UN-Mandaten verfassungsrechtlich umstritten, politisch immer fragwürdiger und von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt werden.“

„Über das Demokratieverständnis der CDU können wir uns nur wundern“, sagt Jessica Messinger. „Dass die Landesregierung hier in diesem Fall aufgerufen wird, uns als Parteijugendorganisation zu maßregeln, ist doch geradezu lächerlich“, ergänzt sie. „Dass die CDU ein Problem mit unserer klar antimilitaristischen Grundhaltung hat und in ihrem Antrag fordert, die Landesregierung solle anstreben, unser Bekenntnis als Jugendorganisation zur Aufgabe der Bundeswehr zu bekräftigen, bestärkt uns in unseren Überzeugungen regelrecht“, erläutert Emmerich. „Den Antragsstellern der Opposition scheint es wohl nicht um einen gemeinsamen Austausch unserer Argumente zu gehen, sondern lediglich um reinen Populismus“, so Messinger und Emmerich abschließend.